

2 Keine Verschlechterungen bei Integrationskursen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/478

Änderungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/533

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD Kollegen Herrn Yetim das Wort.

Ibrahim Yetim (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Wochen und Monaten haben wir eine sehr intensive Diskussion über die Integrationspolitik geführt. Diese führen wir immer noch. Zum Teil wird diese Diskussion mit haarsträubenden Beiträgen geführt und trägt letztendlich mit dazu bei, dass Migrantinnen und Migranten in diesem Land durch die Bundesregierung und die Unionsparteien verunsichert und zum Teil auch beleidigt werden. Die Union missbraucht an dieser Stelle ein wichtiges Thema in diesem Land, um in den Umfragen aufzuholen.

Damit tragen Sie nicht zur Lösung von Problemen bei, die es gibt und über die wir sprechen müssen. Das ist völlig richtig. Sie schüren damit aber Vorurteile und Gewalt besonders gegen die Muslime in diesem Land. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn wir versuchen würden, gemeinsam zu Lösungen zu kommen und über die Probleme zu sprechen.

Wenn der Bundesinnenminister von der Diskussion getrieben gegen vermeintliche Heerscharen von Integrationsverweigerern zu Felde zieht, ist das meiner Meinung nach der Gipfel der Verlogenheit. Wer einen Integrationskurs verweigert, müsse Sanktionen zu spüren bekommen, so der Bundesinnenminister. Diese Sanktionen gibt es schon längst. Die wahren Integrationsverweigerer sitzen meiner Meinung nach in der Bundesregierung; denn die Mittel für die Integrationskurse, die er unbedingt umsetzen möchte, sind – trotz einer Aufstockung; das räume ich ein – seit dem 31. Oktober 2010 ausgeschöpft. Sie reichen bei Weitem nicht aus.

Die Union kritisiert Integrationsverweigerung, lässt aber Tausende Integrationswillige vor den Türen der Sprachschulen stehen. Wenn Frau Merkel dann als Ergebnis des sogenannten Integrationsgipfels verkündet, innerhalb der nächsten fünf bis sieben Jahre solle der Bedarf an Integrationskursen gedeckt werden, wäre das Geld für den Gipfel sicher besser in den Kursen investiert gewesen. Dann hätte es wenigstens etwas gebracht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Klarstellung will ich noch einmal ganz deutlich sagen: Es geht bei

diesem Antrag nicht um diejenigen, die freiwillig einen Integrationskurs besuchen möchten, also diejenigen, die sich integrieren und an ihrem gesellschaftlichen Aufstieg arbeiten möchten, die dabei sein und dazugehören wollen. Diese Menschen werden seit Juli ohne einen konkreten Termin für einen Sprachkurs auf das nächste Jahr vertröstet. Der Volkshochschulverband schätzt, dass ca. 20.000 Menschen seit Monaten auf einen Kurs warten: 20.000 Menschen, die mit dabei sein wollen, die sich in diese Gesellschaft integrieren und das tun wollen, was wir erwarten.

Es muss in dieser integrationspolitischen Diskussion nicht um den Stopp von Zuwanderung gehen. Darum bitte ich Sie auch hier inständig. Sie wissen, dass wir Zuwanderung brauchen.

Es geht um die Integration der bereits hier lebenden Menschen mit allen Rechten und Pflichten. Ich wäre wirklich sehr dankbar, wenn wir Dinge aus der Vergangenheit nicht wiederholen würden. Es gehört aber auf jeden Fall dazu, sie anzusprechen.

Die CDU hier im Haus wollte mit den schwachsinnigen Thesen eines Bankers Stimmung machen und Wahlkampf für einen parteiinternen Wettstreit betreiben. Dieser ist Gott sei Dank nicht so ausgefallen, wie Sie sich das erhofft haben. Das ist gut. Dann ist das auch gut für die CDU.

Wenn dann ein Ministerpräsident aus Bayern, wenn Herr Seehofer auf dem Parteitag der Jungen Union die Forderung aufstellt, dass wir einen Einwanderungsstopp für Türken und Araber brauchen, und der Parteitag der Jungen Union an der Stelle frenetisch applaudiert, denke ich, vielleicht wäre es ganz gut, wenn Himmelherrgott an der Stelle Bildungsgutscheine regnen lassen würde. Vielleicht würde das helfen, den Horizont ein bisschen zu erweitern.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Denn Sie wissen alle – auch die Junge Union wird es sicher wissen –, dass wir in diesem Land Zuwanderung brauchen, um dem demografischen Faktor etwas entgegenzusetzen.

Ich wäre froh, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir alle miteinander die Möglichkeit schaffen würden, dass die Migrantinnen und Migranten mit ihren eigenen Anstrengungen die von uns zu Recht in sie gesetzten Erwartungen auch erfüllen können.

So ungern ich das tue – sehr ungern, und ich hätte diese Aussage auch eigentlich eher vom zweiten Integrationsminister in der Bundesrepublik, von Herrn Laschet, erwartet –, stimme ich Herrn Bosbach zu. Der hat nämlich gesagt, es könne nicht sein, dass Kurse trotz entsprechender Nachfrage nicht stattfinden. „Wenn wir mehr Geld brauchen, dann muss es auch bereitgestellt werden.“ – Das sagte Herr Bosbach, der innenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion der Union.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns in den Ausschüssen gemeinsam dafür Sorge tragen, dass aus Nordrhein-Westfalen ganz schnell die entsprechenden Signale in Richtung Bund gehen, dass wir mehr Geld brauchen, damit sich die Menschen auch wirklich beteiligen können. Ich glaube, Integration, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat keine Zeit und kann nicht warten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Yetim. – Für die grüne Fraktion spricht der Kollege Ünal.

Arif Ünal (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie Sie wissen, ist es nicht allzu lange her, dass die notwendige, wenn auch leider größtenteils nur defizitorientierte Integrationsdebatte in der Bundesrepublik entfacht wurde. Die Medien sowie zahlreiche Politikerinnen und Politiker suggerierten uns, dass sich die größte Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland nicht integriert habe oder dies nicht wollte oder der deutschen Sprache nicht mächtig ist.

Die sogenannten Integrationsverweigerer wurden in aller Konsequenz als Sündenböcke deklariert. Ohne jede qualitativ nachvollziehbaren Gründe diffamierte die CSU 3,5 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund pauschal als angebliche Integrationsverweigerer. Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion behauptete, dass bundesweit ungefähr 40 % aller zur Teilnahme an Integrationskursen verpflichteten Menschen mit Migrationshintergrund dieser Aufforderung nicht nachkommen, während die Bundesregierung selbst zugeben musste, dass sie gar keine belastbaren Kenntnisse über die Abbruchquoten bei den Sprachkursen hat.

Die vom Kabinett beschlossene Verschärfung der Sanktionen für sogenannte Integrationsverweigerer ist bloß symbolisch und dient ebenfalls nur dazu, Stimmungen zu bedienen. Wer seiner verpflichtenden Teilnahme an Integrationskursen aus eigenem Verschulden nicht nachkommt, kann schon längst beim Aufenthaltsstatus oder bei Ansprüchen auf Sozialleistungen sanktioniert werden.

Diverse Politiker nutzten die Gunst der Stunde, um sich zu profilieren, das politische Klima zu vergiften und sich gegenseitig in populistischen Parolen und Sanktionsforderungen zu übertreffen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nach all diesen hitzigen und äußerst emotional geführten Debatten im ganzen Land komme ich zu dem Entschluss, dass die Bundesregierung absolut, aber auch absolut nichts gelernt hat.

Oder wie ist es eigentlich zu erklären, dass die Bundesregierung zu dem Zeitpunkt Verschlechterungen bei der finanziellen Ausstattung von Integrationskursen in Kauf nimmt? Auf der einen Seite werden harte Sanktionen bis hin zum Entzug der Aufenthaltsgenehmigung für Integrationsunwillige gefordert und auf der anderen Seite einfach an Integrationskursen gespart. Da wird beispielsweise die Mindestteilnehmerzahl der Alphabetisierungskurse erhöht und der Zuschuss pro Unterrichtsstunde um 5 € gekürzt. Gerade die Politiker und Politikerinnen aus der aktuellen Bundesregierung, die am lautesten geschrien haben, dass die Integration gescheitert sei, kürzen jetzt konsequent die ohnehin kaum ausreichenden Kursangebote in der Bundesrepublik.

Man wird das Gefühl nicht los, dass man den integrationswilligen Menschen Steine in den Weg legt bzw. die erfolgreiche Integration erschwert, um sie für das Scheitern der Integration verantwortlich machen zu können.

Laut der Präsidentin des Volkshochschulverbands, Prof. Rita Süßmuth, bekommen sogar heute schon über 20.000 lernwillige Zuwanderinnen und Zuwanderer keinen Platz, da das zuständige BAMF Sperrfristen verhängt hat.

Ist es Ihrer Meinung nach integrationsfördernd, wenn man aktuell Wartezeiten von teilweise sechs Monaten in Kauf nehmen muss, um einen Platz zu ergattern? Die hohe Nachfrage zeigt doch gerade, dass das Modell der Integrationskurse eine Erfolgsgeschichte ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Rund 600.000 Migrantinnen und Migranten haben in den vergangenen Jahren in Volkshochschulen und anderen Einrichtungen Deutsch gelernt und sind nun besser in die Gesellschaft integriert, sagte Prof. Rita Süßmuth. Die Bundesregierung sollte deshalb zeitnah überprüfen, ob sie die fehlenden 15 Millionen € bereitstellen kann, um gerade den motivierten Zuwanderinnen und Zuwanderern die Teilnahme zu ermöglichen, betonte die frühere Bundestagspräsidentin und führte weiter aus, es wäre schlimm, wenn die Integrationsbereitschaft eines Großteils der Zuwanderer leiden und die Integration damit insgesamt Schaden nehmen würde.

Dieser Integrationskurs ist das einzige flächendeckende bzw. weitgreifende Angebot, das der Bund überhaupt für die Integration aufbringt. Die schwarze Bundesregierung ist allem Anschein nach trotz mehrerer Gegenstimmen sogar aus den eigenen Reihen nicht in der Lage, das einzige bundesweite integrationsfördernde Programm ordentlich umzusetzen. Und das geht einfach nicht.

Wie Sie alle wissen, ist es sehr wichtig, dass sich die Menschen mit Migrationshintergrund erfolgreich integrieren. Das Erlernen der deutschen Sprache in allen Lebensabschnitten stellt hierbei ein wichtiges

Kriterium dar. Es gilt, die Integrationskurse auf der Bundesebene sogar weiter auszubauen und nicht zu kürzen. Es ist enorm wichtig, den sich in der absoluten Mehrheit befindenden integrationswilligen Zuwanderern sowie den sogenannten Bestandsausländern die Teilnahme an Sprachkursen zu ermöglichen.

Es ist auch wichtig, die Honorare der Lehrkräfte angemessen zu gestalten, um einerseits Qualität zu gewährleisten und andererseits die wichtige Integrationsarbeit zu würdigen.

Des Weiteren gilt es, Fahrtkosten zu erstatten, weil sonst viele integrationswillige Bewerber derzeit keinen Kurs beginnen können.

Die einzelnen Punkte, die durch den Änderungsantrag der Linken angeregt wurden, können wir gern noch einmal in den entsprechenden Ausschüssen diskutieren. Es bleibt jedoch zu beachten, dass für das Thema Erstintegration primär der Bund zuständig ist. Wenn sich dieser schwertun sollte oder tatsächlich nicht von Kürzungen absieht, könnte man im Nachhinein über entsprechende Maßnahmen auf Landesebene nachdenken und diese anschließend ergreifen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Ünal. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Solf.

Michael Solf (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es gibt Leute, die sagen, die rot-grüne Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen habe keine Strategie. Es gibt Leute, die sagen, die rot-grüne Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen sei eine „Regierung tut nichts“. Ich sage: Diese Leute haben nicht recht. Die rot-grüne Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen hat eine Strategie. Die rot-grüne Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen ist eine „Regierung tut was“. Zwei Probleme nur: Die Strategie ist abenteuerlich, und es wird das Falsche getan.

(Beifall von der CDU)

Der Beweis wird täglich angetreten und mit dem albernem Antrag, mit dem wir uns heute befassen müssen, ein weiteres Mal. Wie sieht die abenteuerliche Strategie aus? Was tut man? Einen Haushalt kriegt Rot-Grün nicht hin, weil Sie keine Mehrheit haben. Gesetze kriegt Rot-Grün nicht hin, weil Sie keine Mehrheit haben.

(Karl Schultheis [SPD]: Ich dachte, Sie wollten zustimmen!)

Also fummelt man hinter den Kulissen mit der SED-Nachfolgepartei.

(Zurufe von der SPD: Boah!)

Das sind die, die nichts dabei finden, wenn mal eben kräftig ...

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Ein bisschen Geschichtsverfälschung haben Sie aber schon auf der Pfanne, oder?)

– Ja, getretener Hund jault. – ... geschottert wird.

(Beifall von der CDU)

Ansonsten macht man eifrig in Öffentlichkeitsarbeit, versucht mit Experimentierklauseln zu regieren und bringt alles durcheinander.

(Hans Christian Markert [GRÜNE]: Zum Thema!)

Dann gibt es noch ein wichtiges Element dieser Strategie, das wird im heutigen Antrag sehr deutlich sichtbar: Da man keine eigenen Themen hat, da man Lösungen für Landesthemen nicht anbieten kann, prügelt man immer und immer wieder auf den Bund ein. Ein Blick auf die Pressearbeit von Rot und Grün und auch auf die Themenliste im Landtag zeigt das. Immer und immer wieder mosert und motzt man am Bund herum. Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der rot-grünen Minderheit, mögen das für den Probelauf eines möglichen Wahlkampfs halten, alle Vernünftigen in unserem Land nennen das Flucht aus der Verantwortung.

(Beifall von der CDU)

Ich will gar nicht wissen, wie viele von Ihnen sich damit beschäftigen, irgendwelche Themen zu finden, mit denen man dem Bund tatsächlich oder vermeintlich ans Zeug flicken kann, nur um den Eindruck vergessen zu machen, dass man selber, außer warme Worte auszusprechen, überhaupt nichts tut. Denn von dem Thema, mit dem sich Ihr Antrag beschäftigt, scheinen Sie arg wenig Ahnung zu haben.

Das Ringen um strukturelle Änderungen bei den Integrationskursen hat bereits stattgefunden, und zwar im Sommer dieses Jahres. Zu diesem Zeitpunkt hatten Rot und Grün natürlich anderes im Kopf. Damals haben sich die Kommunen, die eine aktive Integrationspolitik machen, mit dem BAMF, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, auseinandergesetzt. Damals haben sich auch viele CDU-Organisationen darum gekümmert, dass das System der Integrationskurse bei den nachvollziehbaren Sparbemühungen des Bundes nicht beschädigt wurde. Es wurde tapfer gerungen, das eine oder andere wurde rückgängig gemacht, und jetzt ist die Sache im Großen und Ganzen wieder stabil und funktioniert gut. Schauen Sie sich zum Beispiel die diversen Bundestagsdrucksachen dazu an.

Jetzt entdecken Sie das Thema. Um die Sache geht es Ihnen aber gar nicht. Der Antrag der Fraktion Die Linke ist dabei – trotz Forderungen, die ich nicht tei-

le – im Grunde sachorientierter und deshalb ehrlicher.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Danke schön!)

Meine Damen und Herren, die Integrationskurse des Bundes sind ein Erfolg, auch in Nordrhein-Westfalen. Seit 2005 haben im Bund über 630.000 Menschen einen Kurs begonnen, und es wurden rund 830.000 Teilnahmeberechtigungen ausgestellt. Mehr als die Hälfte hat den Kurs mittlerweile erfolgreich beendet, entweder auf dem beabsichtigten Sprachlevel B1 oder wenigstens auf A2.

Noch nie seit der Einführung der Kurse wurden so viele Mittel bereitgestellt wie 2010. In diesem Jahr wurden noch einmal 44 Millionen € draufgepackt. Die Summe beträgt damit 218 Millionen € pro Jahr. Im Verlauf des Jahres kam dann noch eine einmalige Verstärkung um weitere 15 Millionen € dazu.

Die Kurse werden weitestgehend von privaten Trägern angeboten und sind erfolgreich. Den Trägern so pauschal zu unterstellen, sie beuteten ihre Lehrkräfte aus, das grenzt schon an Verleumdung.

Besonders geärgert habe ich mich über das im rot-grünen Antrag genannte Thema Fahrtkosten. Das Land Nordrhein-Westfalen verlangt von jedem Grundschulkind, jedem Kind in einer weiterführenden Schule, dass es einen ihm zumutbaren Weg zu Fuß geht oder mit dem Fahrrad fährt. Eine Fahrtkostenerstattung erfolgt erst bei größeren Entfernungen.

Warum, so frage ich Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, soll dies für erwachsene Menschen, die ein Gratisangebot des deutschen Staates annehmen, nicht gelten? Der, der das zum Hindernis macht, wird auch andere Gründe finden, einen Integrationskurs nicht zu besuchen.

Ganz nebenbei gesagt: Informieren Sie sich bitte einmal darüber, wie viel in Kanada oder Australien oder Neuseeland von Einwanderern für solche Kurse selbst bezahlt werden muss. Hören Sie also bitte mit Ihrem kleinlichen Kleinklein auf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren der rot-grünen Minderheit, gerne gehen wir von der CDU den Weg mit Ihnen, wenn Sie sich auf eine seriöse Evaluation der Integrationskurse einlassen. Warum schauen wir uns nicht detailliert das an, was die Kommunen landauf und landab bewegen? Wir werden viele positive Beispiele und sicherlich auch den einen oder anderen Mangel entdecken. Der Grund hierfür mag manchmal beim Bund oder beim BAMF, vielleicht bei den Organisationsstrukturen vor Ort, vielleicht auch hin und wieder bei den Migrantinnen und Migranten selbst liegen. Aber das sollten wir uns gemeinsam und vor allem ernsthaft anschauen. Dann können wir auch über Verbesserungen reden, und zwar nicht nur indem das Land dasitzt und mit dem Finger auf andere zeigt.

Verbesserungen erreichen heißt auch, immer zu fragen, was wir als Land tun können. Einen solchen Weg gehen wir gerne mit, denn Integrationskurse sind wichtig. Einen Showantrag wie den, den Sie heute präsentieren, ist nicht akzeptabel, denn in ihm geht es nicht um Verbesserungen bei den Integrationskursen, nicht um eine wirkliche Analyse von Schwachstellen, sondern es geht allein darum, dem Bund eine mitzugeben. Das mag ja Ihre Strategie sein, aber seriös ist das nicht. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Solf. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Dr. Romberg.

Dr. Stefan Romberg¹⁾ (FDP): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Verehrte Damen und Herren! Wir haben in den letzten Wochen vor allem in der Integrations- und Einwanderungspolitik kontroverse Debatten erlebt. Zunächst beherrschte Thilo Sarrazin die Schlagzeilen, dann folgten die Aussagen von Bundespräsident Christian Wulff, wonach der Islam inzwischen auch ein Teil von Deutschland sei, und zu guter Letzt polterte, wie man ihn kennt, CSU-Chef Horst Seehofer los.

Wir Freien Demokraten haben uns vor allem inhaltlich in diese Debatte eingebracht, uns für eine Erleichterung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse eingesetzt und uns für die Einbürgerung, für vorbildliche Integrationsleistungen, nämlich durch eine Absenkung der Mindestaufenthaltsdauer auf vier Jahre, sowie für eine gesteuerte Einwanderung ausgesprochen. Aber wer fehlte? – Vor allem die Grünen und die SPD. Die SPD hadert immer noch damit, wie sie mit den Äußerungen von Thilo Sarrazin umgehen soll. Formal schließt sie ihn ja aus, aber er hat ja doch sehr viel Zustimmung in der Bevölkerung, aber auch an der Basis der SPD gefunden. Das bringt Ihnen heute immer noch Schwierigkeiten. Und die Grünen, die sich ja sonst immer melden, haben in dieser Debatte irgendwie gar nicht stattgefunden.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Die Bundesregierung, der Sie in diesem Antrag vorwerfen, zu kürzen, schaut nicht weg, sondern handelt mit einem Aktionspaket „Integration“, nämlich gegen Zwangsverheiratung von Ausländern, Scheinehen sollen wirksamer bekämpft werden, die Teilnahme von Integrationskursen soll stärker kontrolliert werden, und sie bringt wichtige Initiativen wie eben die schnelle Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen ein.

Sie kritisieren, dass die Bundesregierung im Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 weniger Geld für Integrationskurse vorsehe, als das im Jahr 2010 der Fall gewesen sei. Sie versuchen den

Eindruck zu erwecken, die Bundesregierung rede über Integration, tue aber nichts. Dabei sollten Sie auf die Fakten gucken. Trotz der erforderlichen Sparmaßnahmen im Bundeshaushalt sind für die Integrationskurse die angesetzten Mittel im Haushaltsentwurf des Bundesministeriums des Innern für 2010 und 2011 identisch, nämlich über 218 Millionen €. Für das Jahr 2010 wurden die Mittel im Vergleich zu 2009 sogar um 44 Millionen € aufgestockt. So viel Geld hat keine Vorgängerregierung für Integrationskurse ausgegeben. Das zeigt, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung diesem Thema wichtige Bedeutung beimisst.

(Zuruf von Günter Garbrecht [SPD])

Und im laufenden Haushalt 2010 hat das Bundesinnenministerium einmalig 15 Millionen € durch Umschichtungen bereitgestellt. Für die Durchführung der Integrationskurse wird die Bundesregierung daher im Jahre 2010 233 Millionen € ausgeben. Der Zuschuss in Höhe von 15 Millionen € wurde gewährt, da der Anstieg der Teilnehmerzahlen 2008 und 2009 erfreulich groß war und sich das eben noch auf das Jahr 2010 auswirkte. Für das nächste Jahr rechnet das Ministerium mit einem Rückgang der Nachfrage nach den Kursen.

Es ist richtig, dass es trotz der bereitgestellten Rekordsummen finanzielle Engpässe bei den Integrationskursen in Bezug auf freiwillige Teilnehmer gibt. Das ist eben auch der Grund, weshalb der Bund 15 Millionen € zusätzlich zur Verfügung gestellt hat.

Das in den seit 2005 bestehenden Kursen vermittelte Wissen, die Deutschkenntnisse, Wissen zur Rechtsordnung, Geschichte und Kultur, ist für die in Deutschland lebenden Zuwanderer äußerst wertvoll und trägt maßgeblich mit zur Integration bei. 60 % der derzeit bundesweit 140.000 Teilnehmer besuchen diese Integrationskurse freiwillig, weil sie sich lobenswerterweise integrieren wollen. 40 % werden von Trägern der Grundsicherung und den Ausländerbehörden verpflichtet. Dass zum Teil freiwillige Teilnehmer den Kurs erst nach drei Monaten Wartezeit besuchen können, ist vor allem der hohen Nachfrage geschuldet.

Ich freue mich, dass SPD, Grüne und Linke den Wert dieser Kurse mittlerweile anerkennen und nicht mehr von einer Art Zwangsgermanisierung reden, von der sie noch vor zehn Jahren gesprochen haben. Darüber hinaus stellen Sie es nicht mehr als unzumutbar hin, dass der eine oder andere freiwillige Teilnehmer bis zu drei Monaten warten muss. Als Rot-Grün im Bund noch Verantwortung hatte, gab es diese Angebote erst gar nicht.

Auf die im Antrag angesprochene Regelung der Fahrtkosten ist Herr Solf eingegangen. Wer meint, an diesen 3 km scheitere die Integration in diesem Land, der hat, glaube ich, ein verzerrtes Weltbild.

Der Bundesregierung vorzuwerfen, sie wolle integrationswillige Zuwanderer behindern und damit In-

tegration verhindern, ist wirklich dreist und unverfroren.

In der Regierungszeit von Rot-Grün gab es diese Angebote nicht. Zugewanderte waren auf sich alleine gestellt. In diesem Kontext ist interessant, dass Ministerpräsidentin Kraft jüngst den letzten Integrationsgipfel als hilflose Schauveranstaltung bezeichnet hat. Immerhin sind diese Integrationsgipfel 2006 mit der damals mitregierenden SPD eingeführt worden. In der Rolle der Opposition ist bei der SPD in Berlin eine Geistesänderung eingetreten.

Die aktuelle Bundesregierung handelt und stellt Rekordsummen für Integration bereit. Neben den Mitteln für die Integrationskurse wird der Bund in den nächsten vier Jahren zusätzlich 400 Millionen € für mehr Erzieher an sozialen Brennpunkten bereitstellen, um dort die Sprachförderung zu verbessern. Damit können bis zu 4.000 Kindertagesstätten zusätzlich je eine Halbtagskraft einstellen, die Kindern unter drei Jahren hilft. Da sprachliches Wissen ein wichtiger Schlüssel zu Bildungserfolg und Integration ist, begrüßen wir dieses Vorhaben ausdrücklich.

Über die in dem Antrag angesprochene Ausweitung des Personenkreises für Integrationskurse wollen wir gerne mit Ihnen im Ausschuss sprechen. Auch wir von der FDP sind der Auffassung, dass jeder, der in diesem Land über längere Zeit lebt, die Möglichkeit haben soll, sich mit der Sprache, der Kultur und der Rechtsordnung unseres Landes auseinanderzusetzen.

Auf die Integrationspolitik der Bundesregierung zu schimpfen – Herr Solf hat es gesagt – und gleichzeitig hier bisher nichts Festes vorgelegt zu haben, Minister Schneider, das ist kein Glanzlicht. Eine Regierungserklärung im Unterausschuss für Integration erst gar nicht selbst zu halten, das zeigt, wie wichtig Sie dieses Thema nehmen, nämlich gar nicht wichtig. Und das ist traurig für diese Landesregierung.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Romberg. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Herr Kollege Atalan.

Ali Atalan (LINKE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir begrüßen grundsätzlich den Antrag der SPD und der Grünen, der auf eine Verbesserung der Finanzierungslage für Integrationskurse abzielt. Er geht in die richtige Richtung – allerdings nicht weit genug.

Die Debatte um Integrationskurse und die damit verbundene finanzielle, personelle und pädagogische Ausstattung ist meines Erachtens ein Paradebeispiel dafür, wie unehrlich die regierende schwarz-gelbe Koalition bei integrationspolitischen

Fragen ist. So viel zu Ihrer Polemik, Herr Kollege Solf.

Richtig ist, dass entgegen den Behauptungen aus konservativ-populistischer Ecke, es gebe jede Menge Integrationsverweigerer, 20.000 Migrantinnen und Migranten – das hat Herr Kollege Ünal auch erwähnt – über Monate darauf warten, an einem Integrationskurs teilzunehmen. Gleichzeitig werden aber absurderweise denjenigen Sanktionen angedroht, die zur Teilnahme verpflichtet sind.

Im Übrigen dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass viele Tausende Migrantinnen und Migranten grundsätzlich vom Anrecht zur Teilnahme am Integrationskurs ausgeschlossen sind. Das betrifft insbesondere all diejenigen, die zum Teil seit Jahren auf eine Entscheidung über ihren Asylantrag warten. Hinzu kommen noch die sogenannten Geduldeten: allein in NRW ca. 26.000 Menschen.

Der Grund für den Ausschluss dieser Personenkreise ist, dass sie keinen Aufenthaltstitel haben, der Ihnen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht in Deutschland garantiert. Die Erfahrung zeigt aber, dass viele dieser Menschen im Endeffekt doch ihr Leben in Deutschland verbringen werden. Das lange Warten hat aber für sie ausgesprochen negative Folgen – sowohl auf ihre Psyche als auch auf ihre späteren Integrationsmöglichkeiten. Wir wissen, dass jeder integrationspolitisch versäumte Tag für die Betroffenen ein harter Zeitabschnitt ist.

(Beifall von der LINKEN)

Aber es ist auch – das dürfen wir ebenfalls nicht vergessen – für die gesamte Gesellschaft ein großer Verlust. Denn die negativen Folgen fallen schließlich uns allen, der gesamten Gesellschaft, auf die Füße.

Man staunt ständig, liebe Kolleginnen und Kollegen, über die Folgen der Politik, die man im Grunde genommen selber zu verantworten hat. Das ist die Realität, die manche Politiker in diesem Lande leider immer noch nicht begreifen oder möglicherweise nicht begreifen wollen. Man klagt bekanntermaßen stets darüber, dass in diesem Land immer weniger Kinder geboren werden, schiebt aber im gleichen Atemzug Kinder ab, die hier geboren wurden und teils hier aufgewachsen sind. Der Grund dafür ist – das wissen wir –, dass ihre Eltern per Zufall nicht anerkannte Flüchtlinge sind. So schizophren ist die herrschende Politik in unserer Gesellschaft, meine Damen und Herren.

Es gibt erfreulicherweise – das hat Herr Solf angedeutet – in einigen nordrhein-westfälischen Kommunen modellhafte Projekte der freien Wohlfahrtsverbände, die auch für Asylbewerber Integrationskurse anbieten. Sie werden sehr gut angenommen.

Genau daran anknüpfend, Kolleginnen und Kollegen, haben wir den Änderungsantrag eingebracht, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, sich

erstens auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass den ausgeschlossenen Asylbewerbern und den Geduldeten die Teilnahme an Integrationskursen ermöglicht wird.

Zweitens. Unsere Fraktion fordert, dass die Lehrkräfte eine vernünftige tarifliche Entlohnung bekommen.

(Beifall von der LINKEN und von Minister Guntram Schneider)

Schließlich sind wir der Auffassung, dass wir auf Landesebene – da müssen wir uns selbst in die Pflicht nehmen – die Benachteiligten, die auf Bundesebene ausgeschlossen sind, mit einem eigenen Programm auffangen müssen.

Ich weiß, meine Damen und Herren, dass das innerhalb der SPD und der Grünen ein bisschen strittig ist. Wir werden das aber im Rahmen der weiteren Beratungskette zu behandeln haben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN und von Arif Ünal [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Atalan. – Für die Landesregierung hat das Wort nun Herr Minister Schneider.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Sarrazin-Sturm ist vorbei. Das Plenum ist halb leer. Auch die vermeintlichen Gurus der Integrationspolitik in NRW – ich denke an Herrn Laschet – sind nicht mehr unter uns.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Diese Formulierung ist ein bisschen fahrlässig!)

Dennoch möchte ich dem nicht anwesenden Dr. Romberg sagen ...

(Widerspruch von der CDU und von der FDP)

– Wenn Sie die Abwesenheit einer Ministerin beklagen, können wir das doch mal andersherum machen.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Er sitzt aber dort!
– Dr. Stefan Romberg [FDP]: Hallo! Gucken!
– Weitere Zurufe von CDU und FDP)

– Da ist er. – Also, Herr Romberg, machen Sie sich keine Sorgen über den Stellenwert der Integrationspolitik in dieser Regierung. Er ist extrem hoch. Wir werden unserer Verantwortung nachkommen. Ich hoffe, Sie und die parlamentarische Opposition werden dies auch tun. Die Landesregierung geht dabei konkrete Schritte, um Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit in der Integrationspolitik zu sichern.

Vor diesem Hintergrund waren die Ergebnisse des Integrationsgipfels bei der Bundeskanzlerin am 3. November mehr als enttäuschend. Es war schon

der vierte Gipfel innerhalb weniger Jahre. Man könnte schon von Gipfelstürmern sprechen, wenn es um die Anzahl geht.

Die Frage muss allerdings erlaubt sein: Was sind die Ergebnisse? Hat die Bundesregierung einen integrationspolitischen Kompass? Wo will sie hin?

(Zuruf von Michael Solf [CDU])

Der Umgang der Bundesregierung mit den Integrationskursen ist ein gutes Beispiel, um diese fehlende Zielrichtung zu illustrieren. Integrationskurse sind das Kernstück der Integrationspolitik des Bundes. Gleichzeitig gelingt es dem Bund nicht, eine ausreichende Finanzierung hier und heute sicherzustellen.

Zu den Fakten: Der Bund hat zwar mehr Geld als bisher bereitgestellt, gleichwohl kann er den derzeitigen Bedarf an Integrationskursen nicht decken. Tausende – ob es nun 9.000 oder, wie Frau Süßmuth schätzt, 20.000 Personen sind – warten derzeit auf die Teilnahme an einem Integrationskurs. Dies wird auch vom zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gar nicht bestritten.

Auch für Nordrhein-Westfalen bedeutet das, dass Tausende von Menschen, die freiwillig ihren Beitrag zu einer gelungenen Integration leisten wollen, warten müssen. Das ist der eigentliche Skandal. Das – da stimme ich den Fraktionen von SPD und Grünen ausdrücklich zu – ist integrationspolitisch ein geradezu verheerendes Signal.

Dass der Bundesinnenminister in diesem Zusammenhang immer noch von vielen Integrationsverweigerern spricht, ist ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver von der Tatsache, dass die Zahl der Teilnahmewilligen das Integrationskursangebot bei Weitem übersteigt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Deshalb ist es unredlich und vergiftet die Atmosphäre, wenn Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Integrationskurse, die zum Beispiel wegen einer Schwangerschaft, einer Krankheit oder einer Arbeitsaufnahme den Kurs nicht fortsetzen,

(Zuruf von der FDP: Schwangerschaft ist keine Krankheit!)

pauschal zu Integrationsverweigerern gemacht werden. Über diesen Weg stigmatisiert man die Menschen. Das ist das Gegenteil von Liberalismus.

(Beifall von Arif Ünal [GRÜNE])

Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass alle, die an einem Integrationskurs teilnehmen wollen, auch teilnehmen können. Der Landesregierung ist sehr daran gelegen, dass die Integrationskurse zum Erfolg führen: sowohl bei den zur Teilnahme Verpflichteten als auch und insbesondere bei denjenigen, die sich freiwillig zu einem Kurs anmelden.

Deshalb flankieren wir die in der Zuständigkeit des Bundes liegenden Kurse mit verschiedenen Aktivitä-

ten. Auch den Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP ist das Landesprogramm KOMM-IN bekannt, mit dem bereits unter Herrn Laschet viele gute Projekte in den Kommunen gefördert worden sind.

Ich nenne nur ein Beispiel aus Paderborn. Ehrenamtliche Sprachpatinnen unterstützen dort Zugewanderte dabei, die in den Integrationskursen erworbenen deutschen Sprachkenntnisse zu festigen und zu vertiefen. Die Liste der Beispiele ließe sich erweitern. Wahrscheinlich werden auch viele der Abgeordneten hier im Saal spannende Projekte aus den eigenen Wahlkreisen kennen.

Und genau darum geht es: Konkrete Arbeit vor Ort hilft den Menschen weit besser und mehr als die vielen pauschalen Wortmeldungen der letzten Wochen. Wir haben hervorragende Beispiele für gelungene Integrationsmaßnahmen in diesem Lande. Lassen Sie uns diese Beispiele gemeinsam publizieren, um eine positive Stimmung in der Integrationspolitik herbeizuführen, um endlich aus den Niederungen der öffentlichen Debatte der letzten Wochen und Monate herauszukommen!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Um die Positionen der Landesregierung noch einmal klarzustellen, habe ich bereits ein Gespräch mit dem jetzt leider scheidenden Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Herrn Schmid, in Nürnberg geführt. Der Präsident hat mir versichert, es werde im Hinblick auf die Organisation der Integrationskurse mit Hochdruck nach Lösungen gesucht, um die derzeit schwierige Finanzlage möglichst kurzfristig zu entspannen. Allerdings ist eins klar: In der Pflicht steht die Bundesregierung. Sie muss sicherstellen, dass das Bundesamt als die zuständige Behörde mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet wird, um ausreichend Plätze in den Integrationskursen anbieten zu können.

Ich werde dieses Thema natürlich auch mit den zuständigen Ministern der anderen Bundesländer in den kommenden Wochen und Monaten erörtern, um deutlich zu machen: Die Bundesländer lassen sich auch in diesem Zusammenhang vom Bund nicht über den politischen Tisch ziehen.

Ich darf daran erinnern, dass das Land Nordrhein-Westfalen insgesamt gut 26 Millionen € für Integrationsmaßnahmen ausgibt. Man kann natürlich darüber reden, ob diese Summe ausreicht. Dann darf man aber der Landesregierung nicht vorwerfen, in der Finanzpolitik griechische Verhältnisse herbeiführen zu wollen. Beides passt nicht zusammen. Auch das ist eine Frage der politischen Redlichkeit. Ihre Integrationsbeauftragte Liselotte Funcke – viele von Ihnen werden sie gar nicht mehr kennen – hätte da anders reagiert.

(Gunhild Böth [LINKE]: In der Tat!)

Ich habe es eingangs gesagt und sage es nochmals: Das Land Nordrhein-Westfalen ist nicht der Ausputzer für die Integrationsverweigerung des Bundes,

(Beifall von der LINKEN)

indem es Leistungen finanziert, für die der Bund eigentlich zuständig ist. Wir werden den Bund nicht aus seiner finanziellen integrationspolitischen Verantwortung entlassen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Schneider. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Wiedon.

Stefan Wiedon (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Schneider, lassen Sie mich zu Beginn zu Ihren Ausführungen kurz sagen: Kein Integrationsgipfel kann so enttäuschend sein wie Ihre Reden hier im Parlament!

(Beifall von der CDU)

„Deutsche Sprachkenntnisse sind Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration.“ – So leiten Sie, meine Damen und Herren, Kollegen von SPD und Grünen, Ihren Antrag „Keine Verschlechterungen bei Integrationskursen“ ein und benennen diese Aussage als einen übergreifenden Konsens in der Politik. An dieser Stelle kann ich Ihnen – man glaubt es kaum – zustimmen, und das aus voller Überzeugung. Gott sei Dank sind nämlich die Zeiten vorbei, als man für eine solche Haltung von der politischen Linken der Deutschtümelei bezichtigt wurde. Sprache ist nicht nur das Rückgrat der Gesellschaft, sondern auch der Türöffner zu ihr.

(Beifall von der CDU)

Ohne gute Deutschkenntnisse sind die Menschen, die aus der Türkei oder Äthiopien, aus Indonesien oder Argentinien, aus Russland oder China zu uns kommen, nicht nur vom gesellschaftlichen Leben in unserem Land, sondern auch von großen Teilen des Arbeitsmarktes ausgeschlossen. Deshalb ist die Sprachvermittlung eine unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration.

Mit den im Jahre 2005 eingeführten Integrationskursen hat der Bund ein effektives Instrument entwickelt, Zuwanderer auf ihrem Weg in die deutsche Gesellschaft zu unterstützen. Damit eröffnet er Grundvoraussetzungen für Chancengleichheit und Teilhabe. Die Kurse zur Vermittlung von Sprach- und Orientierungswissen sind die wichtigsten integrationspolitischen Fördermaßnahmen des Bundes. Die anhaltend große Nachfrage und die hohen Teilnehmerzahlen sind eine Erfolgsgeschichte. Die Integrationskurse bieten eine passgenaue, auf die

Zielgruppe zugeschnittene Sprachförderung auf qualitativ hohem Niveau.

(Gunhild Böth [LINKE]: Oh, oh, oh!)

Die Kurse unterliegen der ständigen Verbesserung, werden fortlaufend evaluiert. Ihr Erfolg wird durch begleitende Daten nachgehalten. Neben Grundkursen mit 600 Stunden Sprachkurs und 45 Stunden Orientierungskurs werden Eltern- bzw. Frauenintegrationskurse, Jugendintegrationskurse, Alphabetisierungskurse und Förderkurse für Personen mit einem besonderen sprachpädagogischen Förderbedarf und 900 bzw. 1.200 Stunden Sprachunterricht angeboten. Für schnell Lernende gibt es einen Intensivkurs mit 430 Stunden. So kann jeder den für sich passenden Kurs besuchen. Mittlerweile besucht jeder dritte neue Teilnehmer einen dieser speziellen Integrationskurse.

Nun kommen Sie als Regierungsfraktion des Landtags Nordrhein-Westfalen und stellen Ihren Antrag „Keine Verschlechterungen bei Integrationskursen“ mit diversen Forderungen. Es scheint mir, dass Sie zwei entscheidende Dinge noch nicht ganz realisiert haben: Im Landtag von Nordrhein-Westfalen wird keine Bundes-, sondern Landespolitik gemacht, und Sie sind die Regierung dieses Bundeslandes. Wenn man die Regierung stellt, hat man den Gestaltungsspielraum, selbst etwas zu tun, um die Situation zu verbessern. Es ist nicht ausreichend, ständig den Bund zu kritisieren und Schuld in andere Richtungen abzuwälzen.

(Beifall von der CDU)

Darüber hinaus muss ich dann doch schlucken, wenn aus Ihren Reihen der Ruf nach besserer finanzieller Ausstattung durch die Bundesebene laut wird. Vor dem Hintergrund der drastischen Erhöhung der Verschuldung in diesem Land, die Sie betreiben, erscheint die Forderung extrem abgenutzt. Falls Ihnen als Antragsteller die Verbesserung der Integrationskurse tatsächlich ein so wichtiges Anliegen wäre, müsste es für Sie doch ein Leichtes sein, dafür finanzielle Mittel bereit zu stellen, anstatt Energien darauf zu verwenden, in diesem Haus solche populistischen Anträge zu stellen.

(Gunhild Böth [LINKE]: Populistisch?)

Was mich wirklich ärgert, ist die Tatsache, dass Ihr Antrag konsequent alle Verbesserungen wie die Aufstockung der Finanzmittel 2010, die von der schwarz-gelben Bundesregierung initiiert wurde, völlig ignoriert. Auch als Oppositionspartei, die Sie auf Bundesebene stellen, darf man ruhig einmal Anstrengungen anerkennen und loben, auch wenn diese nicht allumfassend ausreichen. Das ist aber eine Frage des Stils.

Lassen Sie mich kurz auf die Forderungen, die Sie in Ihren Antrag beschrieben haben, im Einzelnen eingehen.

Zum Stichwort „angemessene Entlohnung der Lehrenden“: Die Art der Anstellung, und damit die Entlohnung, fällt nicht in die Zuständigkeit der Bundesregierung, sondern ist den Trägern vorbehalten, also den Anbietern der Kurse. Um bundesweit eine hohe Qualität sicherzustellen, dürfen nur zugelassene Träger Integrationskurse anbieten und durchführen. Zuverlässigkeit, Leistungsfähigkeit und Qualitätssicherungen sind die Kriterien; qualifizierte und gut ausgebildete Lehrkräfte tragen wesentlich zum Erfolg der Kurse bei. Generell verlangt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge von den Lehrkräften ein abgeschlossenes Studium im Fach Deutsch als Fremdsprache beziehungsweise Deutsch als Zweitsprache. Dass derart qualifizierte Lehrkräfte angemessen entlohnt werden müssen, versteht sich von selbst.

Gegen Dumpinglöhne kann jederzeit mit Blick auf das Sozialstaatsgebot vorgegangen werden. Ein staatlicher Eingriff, beispielsweise ein Mindesthonorar, wäre jedoch ein Eingriff in die Privatautonomie, die durch Art. 2 Abs. 1 Grundgesetz geschützt ist. Letztlich ist entscheidend, eine vernünftige Balance zu finden zwischen der angemessenen Entlohnung der Lehrkräfte und dem Ziel, möglichst vielen Interessierten eine Teilnahme an den Integrationskursen zu ermöglichen.

Zu dem Punkt, die Einschränkung der Mittel für Kurse zurückzunehmen: Seit Einführung der Integrationskurse im Jahr 2005 haben über 630.000 Personen einen Kurs begonnen und es wurden über 830.000 Teilnahmeberechtigungen ausgestellt. Mehr als die Hälfte dieser Personen hat einen Kurs mittlerweile beendet. Der Bund investiert im Jahr 2010 so viel wie noch nie in diese Kurse. Trotz Haushaltsknappheit wurden die Mittel für das Jahr 2010 noch einmal um 44 Millionen € erhöht und damit auf rund 218 Millionen € aufgestockt.

Das hat zur Folge, dass der Bedarf mit 218 Millionen € aufgrund der hohen Teilnehmerzahl noch nicht ausreicht. So hat der Bundesminister des Inneren aber entschieden, für den Integrationskurstitel trotz der Einsparvorgaben noch einmal 15 Millionen € bereitzustellen. Dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge stehen somit 233 Millionen € zur Verfügung. Das ist weit mehr als in jedem anderen Jahr seit Einführung dieser Kurse. In Anbetracht der derzeitigen Haushaltsslage und der Sparmaßnahmen ist ein solcher mehrstelliger Millionenbetrag ein herausragender Vorgang.

(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)

Mit diesen Mitteln wird das für die Koordinierung und Durchführung zuständige BAMF auskommen. Seit 2010 zeichnet sich eine rückgängige Nachfrage ab, die mittelfristig eine Konsolidierung der Ausgaben zur Folge haben wird. Zulassungsbeschränkungen im Jahr 2010 durch das Bundesamt werden nur für einen absehbaren Zeitraum notwendig sein.

Eine Einschränkung liegt beispielsweise darin, dass nur diejenigen Personen einen Kurs besuchen dürfen, die einen Teilnahmeanspruch haben. Es kommt somit auf den Bedarf des Teilnehmers und dessen Lernvoraussetzungen an. Nach dem Aufenthaltsgesetz haben Personen Anspruch, wenn ihnen erstmalig eine Aufenthaltserlaubnis vorliegt – zu Erwerbszwecken, ...

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter. Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Stefan Wiedon (CDU): Nein.

... zum Zwecke des Familiennachzugs, aus humanitären Gründen und bei einer langfristigen Aufenthaltsberechtigung. Keinen Anspruch hingegen haben Personen, die eine schulische Ausbildung aufnehmen oder ihre bisherige Schullaufbahn in der Bundesrepublik Deutschland fortsetzen, die erkennbar einen geringeren Integrationsbedarf haben oder bereits über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen. Natürlich ist es bedauerlich, dass nicht allen Personen, die einen Integrationskurs besuchen wollen, der Kurs angeboten werden kann. Aber letztendlich kann jede Person, auch wenn sie ein bisschen warten muss, einen Kurs besuchen und durchführen.

Aufgrund der mir verbleibenden Redezeit möchte ich zu dem nächsten Punkt kommen. Zum Bereich Fahrtkosten ist vom Kollegen Solf bereits alles gesagt worden. Ich möchte nur noch einmal betonen, dass Menschen mit Gehbehinderung selbstverständlich einen Antrag stellen können, der im Regelfall auch gewährt wird, sodass Menschen mit Gehbehinderungen nicht diese drei Kilometer laufen müssen. Für gesunde Menschen sind drei Kilometer, meine ich, angemessen.

Ich komme zum Ende meiner Ausführungen. Letztlich fordern Sie die Bundesregierung dazu auf, größere Anstrengungen im Rahmen der Sprach- und Staatsbürgerkurse zu unternehmen. An diesem Punkt wird wieder ersichtlich, dass Sie es bis jetzt nicht verstanden haben, sich als Landesregierung zu begreifen. Sie beeinflussen die Geschicke unseres Landes, und wenn das, was die Bundesregierung im Hinblick auf die Integrationskurse leistet, in Ihren Augen nicht ausreichend ist, dann ist es an Ihnen, etwas zu verändern. Sie verlangen ein „niedrigschwelliges, bedarfsgerechtes und qualitativ gutes Angebot an Integrationskursen“. Sie haben die Möglichkeit. Schaffen Sie es doch! Wenn nicht Sie als Regierungsfraktion, wer denn dann? – Diejenigen, die vor Ort sind, haben doch wesentlich bessere Möglichkeiten ...

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter Wiedon, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Stefan Wiedon (CDU): Nein.

... ein solches niedrigschwelliges, bedarfsgerechtes und qualitativ gutes Angebot zu schaffen, als es die viel globaler agierende Bundesregierung jemals machen kann.

Für jedwede Anregung dieser Art Ihrer vielbeschwo- renen „Koalition der Einladung“ hat die CDU- Fraktion jederzeit ein offenes Ohr, nicht jedoch für solche einseitigen Anträge, wie sie hier vorliegen. Der Überweisung werden wir natürlich zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Herr von Grünberg das Wort.

Bernhard von Grünberg (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wollten diesen Arbeitsbereich eigentlich gemeinsam gestalten. Herr Solf hat darauf hingewiesen, dass solche Diskussionen gemeinsam und ernsthaft geführt werden sollten.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Deswegen wundert es mich ein wenig, wie viel Emotion und Schärfe Sie in diese Diskussion und zum Teil auch falsche Darstellungen gebracht haben.

Wir kritisieren, dass auf Bundesebene Einsparüberlegungen und Einsparvorschläge gemacht werden. Ich zitiere aus der Information des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, dass Begrenzungen des Aufgabenvolumens getroffen werden müssten. Das sagen die ja selbst. Und das wird in einer Zeit gemacht, in der wir eine intensive Integrationsdebatte haben und in der ganz vielen Menschen, die hierher kommen, der Vorwurf gemacht wird, sie wollten doch gar nicht integriert werden. Gleichzeitig bieten wir aber gar nichts an oder bieten es nicht hinreichend an. Das ist besonders ärgerlich, weil den Migranten immer wieder ein Vorwurf gemacht wird. Im Gegenteil sagen aber wahrscheinlich bis zu 20.000: Ich möchte jetzt endlich einmal lernen, aber ich kann nicht lernen, weil mir Schwierigkeiten gemacht werden.

Sie bauen diese gravierenden Schwierigkeiten doch ein, indem Sie etwa die Kinderbetreuungshilfen reduzieren wollen, weil sie zu teuer geworden sind. Es gibt aber ganz viele Familien, die diese brauchen und dann sagen: Ich will wissen, wo ich mein Kind unterbringen kann, wenn ich den Kurs mache. – Was also soll dieser Unsinn?

Was soll der Unsinn zu fordern, dass die Kurse mindestens 15 Wochenstunden umfassen müssen? Das heißt, dass andere Kursarten, differenzierte Kursangebote in der Abendzeit – darüber beschwe-

ren sich die Volkshochschulen ja gerade –, wenn die Leute tatsächlich Zeit haben, sich einzubringen, nicht mehr möglich sind, sondern nur die Ganztagsangebote, die in vielen Fällen nicht wirken. Auch das ist ganz ärgerlich.

Zu den Fahrtkosten: Man weiß, wie wenig Geld sie haben. Es gibt eine breite Diskussion darüber, welche Schwierigkeiten es bei den Fahrtkosten gibt, wenn man Empfänger von Transferleistungen ist. Man muss ja zu den Kursen regelmäßig hinfahren. Es geht also nicht darum, sich einmal eine Fahrt zu leisten. Jeder kennt die Tarife in seiner Stadt und weiß, was das alles kostet. Aber wenn man mehrmals pro Woche fahren muss, ist das tatsächlich eine gravierende Einschränkung.

Das alles sollten wir uns eben nicht gefallen lassen. „Gefallen lassen“ ist vielleicht das falsche Wort, weil der Bund bezahlt. Aber die neuen Regelungen sind nicht sinnvoll. Deswegen fordern wir: In dieser Situation darf man hier nicht sparen und gleichzeitig den Migranten den Schuldvorwurf machen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Sehr viel mehr müsste getan werden. Das Verfahren ist sehr bürokratisiert. Zum Beispiel werden Sprachkurse, die über die Argen laufen, bundesweit ausgeschrieben. Oft kommen die Träger, die vor Ort die Erfahrung haben, nicht zum Zuge. Das heißt, da ist sehr viel in der Entwicklung. Immer wieder wird auf Kostendämpfung und auf neue Träger setzt, obwohl die erfahrenen Träger vor Ort sind. Auch das ist keine sinnvolle Regelung.

Dazu gehört natürlich auch die vernünftige tarifliche Entlohnung. Man kann nicht einfach fordern, dass tariflich entlohnt werden muss, aber es nirgendwo in den Ausschreibungsbedingungen steht. Das Problem der deutschlandweiten Ausschreibung ist doch gerade, dass im Zweifel der Billigste, der möglicherweise gar nicht so viele qualifizierte Lehrer hat, den Zuschlag bekommt, die Preise an die Lehrer weitergibt und so Situationen entstehen, in denen die Lehrer nicht hinreichend entlohnt werden.

(Gunhild Böth [LINKE]: So ist es!)

Deswegen ist es wichtig und sinnvoll, in die Ausschreibungsbedingungen zumindest zu schreiben, dass Tariflohn bezahlt werden muss. Es bringt nichts, wenn wir ausgebildete Lehrer haben, die wenig verdienen und deshalb oft wenig für die schwierige Aufgabe motiviert sind, Menschen etwas beizubringen.

Meines Erachtens müsste es sowieso ein sehr viel differenziertes Angebot geben.

(Gunhild Böth [LINKE]: Genau!)

Es ist sehr schwierig, in einer Klasse Akademiker und gleichzeitig jemanden zu haben, der möglicherweise gar nicht lesen und schreiben kann.

(Gunhild Böth [LINKE]: Genau!)

Das heißt, es gibt sehr große Bildungsunterschiede. Dafür sind eigentlich ganz unterschiedliche Systeme notwendig. Auch die Frage eines differenzierten Angebots ist ganz entscheidend. Im Augenblick wird einfach gesagt: Wir rasieren bestimmte Differenzierungen und geben höhere Standards vor. – Das ist einfach nicht realistisch und führt wiederum dazu, dass viele die Angebote möglicherweise nicht annehmen oder nicht annehmen können und als Integrationsverweigerer beschimpft werden. Das kann alles nicht richtig sein.

Ich möchte noch etwas zum Antrag der Fraktion Die Linke sagen. Auch wir sehen, dass es keinen Sinn hat, zum Beispiel langfristig Geduldete von den Integrationskursen auszuschließen. Sie dürfen jetzt nach einem Jahr arbeiten. Aber was hat es denn für einen Sinn zu sagen: Ihr dürft arbeiten, aber kein Deutsch lernen? – Welche Art von Arbeit sollen sie denn bitte annehmen, wenn sie noch nicht einmal im Ansatz Deutsch können? Das ist für sie doch ganz schwierig.

In Wirklichkeit bleiben die Leute weiter auf Transferleistungen sitzen. Das kostet also auch noch eine Menge Geld. Hier wird mehr Ideologie betrieben. Deswegen ist es ganz entscheidend, die Menschen sprachkompetent zu machen.

Das gilt selbst dann, wenn sie die Bundesrepublik möglicherweise irgendwann verlassen. Weltweit eröffnen wir Goetheinstitute, um die Sprachkompetenz von Menschen in der ganzen Welt zu fördern. Für Menschen, die für einige Jahre hier waren, ist es im Rahmen Ihrer Rückkehr möglicherweise auch ganz wichtig und notwendig, wenn sie in dieser Zeit gut Deutsch gelernt haben. Deswegen ist es eigentlich nur eine ideologische Hemmschwelle, diesen Menschen keinen Deutschunterricht zu geben. Wir können den Antrag daher eigentlich nur unterstützen.

Allerdings ist dafür der Bund zuständig. Wir können nicht dauernd sagen: Haben Sie sich mal nicht so, kritisieren Sie mal nicht so. Wir machen es selber. – Wir können selbstverständlich kritisieren, wenn Defizite entstehen, so wie der Bund natürlich auch uns kritisieren kann, wenn wir nicht genügend machen.

Wir machen aber genügend und haben uns viel vorgenommen. Ich kann nur hoffen, dass wir das gemeinschaftlich und sachlich erreichen können. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Die Linke hat Frau Abgeordnete Böth das Wort.

Gunhild Böth (LINKE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie werden wahrscheinlich erstaunt sein, mich hier zu sehen, weil ich weder im Ausschuss, noch im Unterausschuss bin.

(Stefan Wiedon [CDU]: Uns überrascht nichts mehr!)

– Sehen Sie, Herr Wiedon, vielleicht können wir jetzt doch noch einmal gemeinsam ein Problem diskutieren,

(Zuruf von der CDU – Heiterkeit von der CDU)

nämlich Folgendes: Es hat mich sehr überrascht – Herr von Grünberg ist darauf schon eingegangen –, welche Welle Sie hier machen. Herr Wiedon, ich habe mal nachgeschaut: Sie sind doch Diplomsportlehrer.

(Minister Guntram Schneider: Aha!)

Genau das wollte ich zum Gegenstand meiner zwei bis drei Anmerkungen für die Beratungen im Ausschuss machen. Das Ganze gehört zur Weiterbildung; deswegen rede ich hier. Wir haben das Problem, dass nämlich in all den Kursen die Arbeitsbedingungen in der Weiterbildung in einem solch schlechten Zustand sind, dass es zwar wünschenswert wäre, wenn Sie lauter examinierte Menschen hätten, die alle Deutsch als Fremdsprache oder Deutsch als Zweitsprache nicht nur studiert hätten, sondern darin examiniert wären und sich jetzt als Lehrkräfte in diesen Kursen tummelten.

Die Realität sieht leider anders aus. Herr Wiedon, Sie sind doch Lehrer. Sie wissen doch, dass es nicht nur um die reine Unterrichtszeit geht, sondern dass es auch noch so etwas wie Vor- und Nachbereitung gibt. Dazu gehört auch das Herstellen von Unterrichtsmaterialien. Es gibt nämlich keine Unterrichtsmaterialien, die für die jeweiligen lokalen Orte passen. Daher ist es unbedingt notwendig, die Arbeitsbedingungen derer, die dort unterrichten, zu ändern, und das hat etwas mit den Bedingungen zu tun, unter denen diese Kurse laufen.

Ich nenne Ihnen jetzt meine Quelle: Internationaler Bund in Wuppertal und die Lehrkräfte, die dort unterrichten. Und ganz konkret ist meine Quelle Herr Dr. Dirk Krüger, pensionierte Lehrkraft, der sich dies sozusagen zu einer Herzensangelegenheit gemacht hat. Er hat es mir vorgerechnet: Es sind 3,56 € je Stunde.

Wenn Sie mir jetzt auch noch erklären, dass Sie dafür eine qualifizierte Lehrkraft finden, die es für diesen Betrag tatsächlich macht – ich meine jetzt keine pensionierte Lehrkraft, die dies zu ihrer Herzensangelegenheit gemacht hat –, dann trete ich mit Ihnen

gerne in ein Gespräch darüber ein. Ansonsten ist meiner Meinung nach alles dazu gesagt, warum es verändert werden muss.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Wir sind damit am Schluss der Beratung. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 15/478** einschließlich des **Änderungsantrags Drucksache 15/533** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziale und Integration** – federführend – sowie an den **Unterausschuss Integration**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag entsprechend überwiesen worden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt

3 Die gesetzlich garantierte und bewährte Aufgabenteilung zwischen Bonn und Berlin muss dauerhaft Bestand haben

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/475 – Neudruck

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/536 – Neudruck

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abgeordneten Hauser für die CDU-Fraktion das Wort.

(Unruhe)

– Ich bitte auch die hinteren Reihen um etwas mehr Ruhe.

Benedikt Hauser (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte um Nachsicht, dass ich etwas außer Atem bin, aber wir sind heute in den Beratungen schneller als erwartet.

(Martin Börschel [SPD]: Sehr erfreulich!)

Insofern habe ich die weiten Wege dieses Hauses nutzen müssen, um noch rechtzeitig zu meinem eigenen Tagesordnungspunkt sprechen zu können.

Ich bin froh, dass sich auch mit dem Änderungsantrag, der vorgelegt worden ist, eine große Einigkeit in diesem Hause zeigt, für Bonn, für die Region Bonn/Rhein-Sieg und damit auch für das Land Nordrhein-Westfalen an den Grundsätzen des Bonn-Berlin-Gesetzes, an der Aufgabenteilung zwischen Bonn und Berlin und an dem weiteren Fortgang des erfolgreichen Strukturwandels in Bonn, für den das Bonn-Berlin-Gesetz und die Aufgabenteilung ein wichtiger Nucleus sind, festzuhalten.

„Zwischen Berlin und Bonn soll eine faire Arbeitsteilung vereinbart werden, sodass Bonn auch nach dem Umzug des Parlaments nach Berlin Verwaltungszentrum der Bundesrepublik Deutschland bleibt, indem insbesondere die Bereiche in den Ministerien und die Teile der Regierung, die primär verwaltenden Charakter haben, ihren Sitz in Bonn behalten; ...“

Das ist keine Textstelle von mir, sondern Bestandteil des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991.

Hierbei hat die Umsetzung nach folgenden Maßgaben zu erfolgen: Erhalt und Förderung politischer Funktionen der Bundesstadt Bonn in folgenden Politikbereichen: Buchstabe e „Verteidigung“.

Damit – meine Damen und Herren, das steht im Bonn-Berlin-Gesetz – sind wir beim Kernpunkt der aktuellen Diskussion, in der vor dem Hintergrund einer Begutachtung der Strukturen der Bundeswehr und des Bundesverteidigungsministeriums aktuell diskutiert wird, dass dies doch Anlass sein könnte, das Bundesverteidigungsministerium in Gänze von Bonn nach Berlin zu verlegen.

Ich bin froh, dass sich in diesem Hause eine eindeutige Meinungsbildung dahin gehend abzeichnet, dass ein solcher Verstoß gegen das Bonn-Berlin-Gesetz nicht akzeptiert werden würde und dass sich der Landtag von Nordrhein-Westfalen gemeinsam dagegen stellen und die Landesregierung auffordern wird, in den Gremien, wo es geboten ist, entsprechend zu handeln.

Der Umgang mit dem Bonn-Berlin-Gesetz, meine Damen und Herren, ist eben nicht nur eine Frage von Vertragstreue und Gesetzestreue gegenüber einem „Partner Stadt Bonn“ oder der Region Bonn/Rhein-Sieg, sondern er ist auch ein Lackmusktest für unseren föderalen Staatsaufbau, weil die Diskussion darüber geführt werden muss, warum es unbedingt so sein muss, dass sich alles in einer Stadt konzentrieren möge, und weil wir in Deutschland über die Jahrzehnte sehr gute Erfahrungen damit gemacht haben, dass sich viele wichtige Institutionen des Bundes über das Land verteilen – ich erwähne beispielhaft den Bundesgerichtshof, das Bundesverfassungsgericht oder andere öffentliche Institutionen –, und weil auf diese Art und Weise dem föderalen Aufbau unseres Staates auch in der Frage der Ansiedlung von Bundesbehörden und